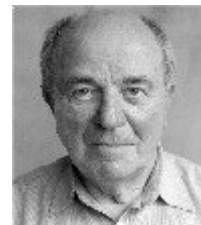


Gastkolumne von Gerd Deumlich
Widerstand ist legitim

Der jährliche Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz ist eines der staatspolitischen Rituale, womit die Macht des Kapitals als die allein schützenswerte Ordnung sanktioniert werden soll. Ein Politik betreibender Geheimdienst ignoriert glatt das Grundgesetz, das den Kapitalismus ausdrücklich nicht zur einzig legitimen Wirtschaftsordnung der BRD erklärt, sondern deren Veränderung zulässt. Dafür reflektiert der VS-Bericht durch seine strategische Akzentuierung zuverlässig die jeweilige Stabilität bzw. Labilität der kapitalistischen Ordnung. So wird in der Krise alles, was dem VS als Links dünkt, zu der akuten Gefahr für die FDGO zusammengerührt. "Bricht in Deutschland die Weltrevolution aus?", fragt die "Frankfurter Rundschau".



So wird jetzt das gewohnte Rechts-Links-Schema variiert und der "Linksextremismus" mittels willkürlicher statistischer Tricks zur anwachsenden "Bedrohung" hochgespielt. In schönstem Einklang mit der Masche, jedes Vorkommnis, bei dem man nie weiss, was da organisierte Provokation ist, "linker Gewalt" zuzurechnen, um zu gefälligen Zahlenwerken über eine "neue Stufe der Gewalt" zu kommen, verfügte die zuständige Familienministerin Kristina Köhler, Mittel, die bisher für Programme gegen den Rechtsextremismus angesetzt waren, für den "Kampf gegen den Linksextremismus" umzuschichten.

Da es dabei, der Krisensituation entsprechend, um die Diskriminierung des Protestes gegen die sozialreaktionäre "Spar"- und Umverteilungspolitik geht, kommt es zu ungenierten Selbstdarstellungen: Eine völlig ungeklärte, ominöse "Explosion" am Rande der Demonstration in Berlin führte zu einer Extra-Aussprache im Bundestag, in der der CSU-Abgeordnete Uhl auf ver.di eindrosch, weil die Gewerkschaft die Berliner Demonstration unterstützt und sich damit der "Beihilfe" schuldig gemacht habe.

Nicht minder durchsichtig ist der Versuch, antifaschistischen Widerstand zu diskriminieren. Couragiertes Entgegenreten, entschlossenes Blockieren von Neo-Nazi-Aufmärschen, wird von Behörden und dem Verfassungsschutz zu einem "Anschwellen linker, verfassungswidriger Gewalt" deklariert und zur Begründung "schärferen Vorgehens" gegen Links erklärt.

Die jüngste Entwicklung gemahnt an alle Erfahrungen, die für die erstrangige Bedeutung der Verteidigung demokratischer Rechte und Freiheiten zeugen. Aktuell geht es vorrangig um die Legitimität des Widerstandes gegen den Neonazismus, gegen neoliberale Sozial- und Wirtschaftspolitik, gegen Kriegs- und Rüstungspolitik.